

**V o r l a g e
für die Sitzung des Jugendhilfeausschusses
am 23.11.2023**

TOP 7

Einrichtung von Arbeitsgemeinschaften des Jugendhilfeausschusses nach § 78 SGB VIII in der 21. Wahlperiode

A. Problem/Ausgangslage

Auf der Grundlage des SGB VIII werden in jeder Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft vom Jugendhilfeausschuss Arbeitsgemeinschaften gemäß § 78 SGB VIII eingerichtet, um die Zusammenarbeit des öffentlichen Trägers der örtlichen Jugendhilfe mit den freien Trägern der Kinder- und Jugendhilfe zu fördern. Das SGB VIII gibt nicht vor, welche Arbeitsgemeinschaften zu welchen Themenstellungen gebildet werden können. Dazu erfolgt eine Beschlussfassung des Jugendhilfeausschusses. Ausgehend von dieser schlagen die in der Geschäftsordnung benannten Mitgliedersäulen Vertretungen vor.

Zur Aufgabenstellung, zur Zusammensetzung und zur Frage, wie die Positionierungen der Arbeitsgemeinschaften im Jugendhilfeausschuss zu behandeln sind, bilden die Geschäftsordnungen für den Jugendhilfeausschuss sowie für die Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII in der Stadtgemeinde Bremen Grundlagen.

Die aktuelle gültige Geschäftsordnung für die Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII in der Stadtgemeinde Bremen wurde in der 20. Wahlperiode verabschiedet (Anlage 1). Diese sieht vor, dass der Jugendhilfeausschuss zu Beginn einer jeden Legislaturperiode beschließt, welche Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII eingesetzt werden.

B. Lösung

1. In der Legislaturperiode 2023 – 2027 einzurichtende handlungsfeldspezifische Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII

Seitens der Verwaltung des Jugendamtes bei der Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration sowie der Senatorin für Kinder und Bildung wird vorgeschlagen, die folgenden handlungsfeldspezifischen Arbeitsgemeinschaften einzurichten:

- „Kindertagesförderung in Einrichtungen und Tagespflege“
- „Hilfen zur Erziehung und Eingliederungshilfen für Kinder und Jugendliche“
- „Kinder- und Jugendförderung“

Diese seit vielen Jahren bestehenden Arbeitsgemeinschaften haben sich in der Fachpraxis und vor dem Hintergrund des für alle Beteiligten erforderlichen Ressourceneinsatzes bewährt. Die Zusammensetzung wird in der Geschäftsordnung (siehe A) geregelt.

2. Geschäftsführung für die Arbeitsgemeinschaften

Die Geschäftsführung für die unter 1. genannten Arbeitsgemeinschaften liegt

- für das Handlungsfeld „Kindertagesförderung in Einrichtungen und Tagespflege“ bei der Senatorin für Kinder und Bildung
- für das Handlungsfeld „Hilfen zur Erziehung und Eingliederungshilfen für Kinder und Jugendliche“ bei der Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration
- für das Handlungsfeld „Kinder- und Jugendförderung“ bei der Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration.

3. Benennung von Mitgliedern der handlungsfeldspezifischen Arbeitsgemeinschaften

Die in der Geschäftsordnung (Zf. 4.1) benannten Mitgliedersäulen schlagen nach Beschlussfassung durch den Jugendhilfeausschuss Vertretungen vor. Sie werden dazu von der Geschäftsführung des Jugendhilfeausschusses aufgefordert. Sollten mehr Personen als die in der Geschäftsordnung zur Sicherung der Arbeitsfähigkeit vorgesehenen vorgeschlagen werden, wird die Geschäftsführung die entsendenden Stellen um Verständigung auf die Benennung von Delegierten der jeweiligen Mitgliedersäulen auffordern. Im Falle von Dissens entscheidet der Jugendhilfeausschuss. Dem Jugendhilfeausschuss wird bekannt gegeben, welche Personen in die Arbeitsgemeinschaften nach § 78 berufen wurden.

C. Alternativen

Keine Alternativen

D. Finanzielle und personalwirtschaftliche Auswirkungen / Genderprüfung

In Verbindung mit diesem Beschluss entstehen keine finanziellen Mehraufwendungen. Der personelle Mehraufwand der Verwaltung für die Wiedereinsetzung einer handlungsfeldübergreifenden AG ist im Rahmen der vorhandenen Ressourcen zu lösen. Den Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII sollen möglichst männliche und weibliche Mitglieder in annähernd gleichen Anteilen angehören.

E. Beteiligung/Abstimmung

Nicht erforderlich

F. Beschlussvorschlag

1. Der Jugendhilfeausschuss setzt die folgenden handlungsfeldspezifischen Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII ein, deren Zusammensetzung in der Geschäftsordnung geregelt ist:

- a) AG „Kindertagesförderung in Einrichtungen und Tagespflege“
- b) AG „Hilfen zur Erziehung und Eingliederungshilfen für Kinder und Jugendliche“
- c) AG „Kinder- und Jugendförderung“

2. Der Jugendhilfeausschuss bittet die Verwaltung und die freien Träger um die Benennung von Vertretungen in den eingesetzten Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII.
3. Der Jugendhilfeausschuss bittet die Verwaltung, ihm mitzuteilen, welche Personen in die Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII entsandt werden.

Anlage:

- Geschäftsordnung für die Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII in der Stadtgemeinde Bremen

Geschäftsordnung für die Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII in der Stadtgemeinde Bremen

1. Auftrag und Zielsetzung gemäß SGB VIII und BremAGKJHG

In § 78 SGB VIII „Arbeitsgemeinschaften“ ist festgelegt:

„Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe sollen die Bildung von Arbeitsgemeinschaften anstreben, in denen neben ihnen die anerkannten Träger der freien Jugendhilfe sowie die Träger geförderter Maßnahmen vertreten sind. In den Arbeitsgemeinschaften soll darauf hingewirkt werden, dass die geplanten Maßnahmen aufeinander abgestimmt werden und sich gegenseitig ergänzen.“

Zu welchen Themen und Handlungsfeldern der Träger der öffentlichen Jugendhilfe Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII einrichtet, ist im SGB VIII sowie im BremAGKJHG nicht festgelegt. Dies wird zu Beginn jeder Legislaturperiode vom Jugendhilfeausschuss der Stadtgemeinde Bremen beschlossen.

Die Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII (im folgenden „Arbeitsgemeinschaften“) stellen sicher, dass die bedarfsgerechte Planung, Entwicklung und Gestaltung von Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe auf der Grundlage des Achten Buches Sozialgesetzbuch (SGB VIII) sowie anderer für den jeweiligen Aufgabenbereich relevanter gesetzlicher Bestimmungen aufeinander abgestimmt werden und sich gegenseitig ergänzen. Sie fördern die partnerschaftliche Zusammenarbeit des öffentlichen Trägers der Kinder- und Jugendhilfe mit den freien Trägern im Sinne des § 4, Abs. 1, Satz 1 SGB VIII („Die öffentliche Jugendhilfe soll mit der freien Jugendhilfe zum Wohl junger Menschen und ihrer Familien partnerschaftlich zusammenarbeiten.“) sowie des § 80 Abs. 3 Satz 1 SGB VIII („Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe haben die anerkannten Träger der freien Jugendhilfe in allen Phasen ihrer Planung frühzeitig zu beteiligen.).

In den Landesausführungsbestimmungen zum SGB VIII (BremAGKJHG) ist unter § 8 „Gesamtverantwortung, Jugendhilfeplanung“ entsprechend festgelegt, dass die Vorhaben der Träger der öffentlichen und freien Jugendhilfe aufeinander abzustimmen sind (Abs. 1), und dass für die Durchführung mittel- und längerfristiger Planungen Arbeitsgemeinschaften einzurichten sind, in denen die Jugendhilfebehörden und die Träger der freien Jugendhilfe partnerschaftlich zusammenarbeiten (Abs. 2).

2. Aufgaben

In den Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII stimmen sich der öffentliche Träger der Jugendhilfe und die freien Träger der Jugendhilfe zum Zwecke der Jugendhilfeplanung gemäß § 80 SGB VIII ab – es handelt sich also um ein paritätisches Gremium, in dem einvernehmliche Lösungen angestrebt werden. Die Arbeitsgemeinschaften sind entscheidungsvorbereitend für den Jugendhilfeausschuss tätig, d.h. sie bewerten in ihren jeweiligen Themen-/Arbeitsfeldern die Initiativen und Vorlagen der Verwaltung und/oder der freien Träger und geben für den Jugendhilfeausschuss eine Empfehlung zur

Beschlussfassung ab. In dieser sind ggf. Konsens und Dissens (z.B. zwischen den freien Trägern und/oder dem öffentlichen und den freien Trägern) bzw. abweichender Positionen darzustellen.

Der Jugendhilfeausschuss kann den Arbeitsgemeinschaften Aufträge erteilen, sollte ihnen jedoch zuvor die Möglichkeit zur Mitwirkung eröffnen. Darüber hinaus können und sollen die Arbeitsgemeinschaften eigene Initiativen in den Jugendhilfeausschuss einbringen. Diese setzen Einvernehmen in den Arbeitsgemeinschaften voraus (zwischen den freien Trägern und zwischen dem öffentlichen und den freien Trägern der Jugendhilfe) bzw. sind durch eine Darstellung des Konsens und Dissens (bzw. abweichender Positionen) in den Arbeitsgemeinschaften zu ergänzen.

Außerdem dienen die Arbeitsgemeinschaften dem fachlichen Austausch sowie der Abstimmung des operativen Vorgehens im jeweiligen Handlungsfeld. Operative Klärungsnotwendigkeiten sind dem Jugendhilfeausschuss von den Arbeitsgemeinschaften nur dann vorzutragen, wenn im Wege der partnerschaftlichen Zusammenarbeit zwischen dem öffentlichen Träger und den freien Trägern in den Arbeitsgemeinschaften kein Einvernehmen erzielt wurde und daher eine Positionierung des Jugendhilfeausschusses erforderlich wird.

Von den Aufgaben der Arbeitsgemeinschaften unbenommen sind die Initiativrechte der freien Träger und des öffentlichen Trägers im Jugendhilfeausschuss. Vor Befassung des Jugendhilfeausschusses sollte jedoch grundsätzlich eine Abstimmung in den Arbeitsgemeinschaften erfolgt sein (siehe Zf. 4).

3. Arbeitsweise

Gemäß dem Grundsatz zur partnerschaftlichen Zusammenarbeit zwischen dem öffentlichen und den freien Trägern der Kinder- und Jugendhilfe sind weder der öffentliche Träger, noch die freien Träger befugt, sich in den Arbeitsgemeinschaften gegenseitig Aufträge zu erteilen. Eigene (d.h. nicht vom Jugendhilfeausschuss beschlossene) Arbeitsvorhaben der Arbeitsgemeinschaften sind in diesen einvernehmlich zu vereinbaren. Im Falle von Dissens haben die ein Arbeitsvorhaben begehrenden Mitglieder(säulen) der Arbeitsgemeinschaft (also der öffentliche oder die (einzelnen) freien Träger) eine Entscheidung des Jugendhilfeausschusses über das betreffende Vorhaben herbeizuführen (Antrag oder Vorlage).

Anträge an und Vorlagen für den Jugendhilfeausschuss sind grundsätzlich (d.h. außerhalb von besonderen Dringlichkeiten) in den zuständigen Arbeitsgemeinschaften vorzubereiten und mit einer Beschlussempfehlung oder Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft für den Jugendhilfeausschuss zu versehen. Da diese angesichts der Zeitfolge nicht immer schriftlich mitgeteilt werden können, sollte der Jugendhilfeausschuss bei Vorlagen und Initiativen, die nicht durch die Arbeitsgemeinschaften selbst eingebracht werden, zunächst die Stellungnahme der zuständigen Arbeitsgemeinschaft anhören, bevor er in die Diskussion eintritt.

Anträge, Initiativen und Aufträge, die zuvor nicht in der zuständigen Arbeitsgemeinschaft beraten wurden / beraten werden konnten, kann der Jugendhilfeausschuss an die zuständige Arbeitsgemeinschaft verweisen, bevor er diese berät.

Bei Bedarf können die Arbeitsgemeinschaften temporäre Ad-Hoc-Unterarbeitsgemeinschaften zu spezifischen Themen einsetzen. Ihr Auftrag sollte ausgehend vom Arbeitsauftrag zeitlich begrenzt werden.

Die Arbeitsgemeinschaften und Unterarbeitsgemeinschaften legen Ihren Sitzungsrythmus selbst fest. Zur Entscheidungsvorbereitung wird die Planung einer Sitzung vor jeder Sitzung des Jugendhilfeausschusses empfohlen, die ggf. entfällt, wenn kein Schwerpunktthema der jeweiligen AG im Jugendhilfeausschuss behandelt wird. Mindestens jedoch sollten die Arbeitsgemeinschaften viermal jährlich tagen.

Beim Übergang in eine neue Legislaturperiode bleiben die vom Jugendhilfeausschuss eingesetzten Arbeitsgemeinschaften bestehen, bis der Jugendhilfeausschuss einen Beschluss über die Einrichtung und Besetzung neuer Arbeitsgemeinschaften getroffen hat. So wird eine kontinuierliche Abstimmung des öffentlichen mit den freien Trägern gewährleistet.

4. Zusammensetzung

4.1. Themen- und handlungsfeldspezifischen Arbeitsgemeinschaften

Die themen- und handlungsfeldspezifischen Arbeitsgemeinschaften sollen nicht mehr als 20 Mitglieder haben. Ständige Mitglieder sind

- a) Vertretungen des Jugendamtes gemäß Geschäftsverteilung des Senats
- b) Vertretungen der in der Landesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege Bremen e.V. organisierte Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege, die gesamtstädtisch im jeweiligen Aufgabengebiet tätig sind
- c) Vertretungen der im Bremer Jugendring organisierte Verbände
- d) Vertretungen anerkannter freier Träger der Jugendhilfe
- e) Vertretungen der Träger geförderter Maßnahmen
- f) Vertretungen des Eigenbetriebs KITA Bremen

Werden für eine AG mehr als 20 Mitglieder vorgeschlagen, verständigen sich die entsendenden Stellen auf die Benennung von Delegierten der jeweiligen Mitglieidersäulen. Im Falle von Dissens entscheidet der Jugendhilfeausschuss.

In der AG nicht selbst vertretene Träger oder Dritte können sich mit Anliegen an die Geschäftsführung bzw. die/den SprecherIn (Zf. 5) wenden und haben das Recht, ihr Anliegen als Gast in einer Arbeitsgemeinschaft zu vertreten.

4.2. Themen- und handlungsfeldübergreifende Arbeitsgemeinschaften

Über die Zusammensetzung von Themen und handlungsfeldübergreifenden Arbeitsgemeinschaften entscheidet der Jugendhilfeausschuss bei Einsatz der jeweiligen Arbeitsgemeinschaft.

4.3. Hinzuziehung von ExpertInnen

Von den Arbeitsgemeinschaften können temporär oder dauerhaft ExpertInnen, insbesondere aus dem Kreis der beratenden Mitglieder des Jugendhilfeausschusses gemäß § 2 Abs. 2 BremAGKJHG einbezogen werden. Dies gilt insbesondere auch für von den Arbeitsgemeinschaften einzurichtende Ad-Hoc-Unterarbeitsgemeinschaften.

4.4. Unterarbeitsgemeinschaften

Mitglieder der Ad-Hoc-Unterarbeitsgemeinschaften werden von den jeweiligen Arbeitsgemeinschaften einvernehmlich bestimmt.

5. Fachliche Leitung, Geschäftsführung und SprecherIn

Die Geschäftsführung für die Arbeitsgemeinschaften wird vom öffentlichen Träger gemäß Geschäftsverteilung des Senats wahrgenommen. Eine Zuordnung der Geschäftsführung erfolgt ausgehend von den Themen und Handlungsfeldern, zu denen der Jugendhilfeausschuss zu Beginn jeder Legislaturperiode Arbeitsgemeinschaften einrichtet und analog zur Geschäftsverteilung im Senat. Der öffentliche Träger benennt eine verantwortliche Geschäftsführung für jede Arbeitsgemeinschaft und kann bei Bedarf zu den jeweiligen Tagesordnungspunkten weitere Personen hinzuziehen.

Die Arbeitsgemeinschaften wählen aus ihrem Kreis eine Vertretung der freien Träger als SprecherIn der Arbeitsgemeinschaft sowie eine Stellvertretung.

Geschäftsführung und SprecherIn bilden das Leitungsteam der Arbeitsgemeinschaft. Ihnen sind Tagesordnungspunkte von den Mitgliedern möglichst schriftlich erläutert rechtzeitig anzumelden. Geschäftsführung und SprecherIn entscheiden einvernehmlich über die Behandlung in den Sitzungen. Ist eine Abstimmung nicht möglich, werden die jeweiligen Tagesordnungen von der Geschäftsführung vorgeschlagen. Über die Sitzungen der AG wird von der Geschäftsführung ein Protokoll erstellt. Zur Sitzungsleitung treffen die/der SprecherIn sowie die Geschäftsführung einvernehmliche Regelungen.

Für einzusetzende Ad-Hoc-Unterbeitsgemeinschaften sind in den Arbeitsgemeinschaften Vereinbarungen zur Geschäfts- und Protokollführung sowie zur Sitzungsleitung zu treffen.

Beschlossen vom Jugendhilfeausschuss der Stadtgemeinde Bremen am (nach Beschluss zu ergänzen)